Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar

Erklärung der deutschen Bischöfe

DEUTSCHE BISCHOFSKONFERENZ

„Gott erschuf den Menschen als sein Bild, als Bild Gottes erschuf er ihn.“

(*Gen* 1,27)

Herz statt Hetze
Nie wieder ist JETZT
Wir sind bunt
Sei ein Mensch
Kein Platz für Rassismus
Wir stehen zusammen
Solidarität und Nächstenliebe
I ♥ DEMOKRATIE

Einführung und Einordnung

Deutschland erlebt seit einigen Jahren den besorgniserregenden Aufstieg rechtsextremer und rechtspopulistischer Bewegungen. Diese Entwicklung hat das Potenzial, die Grundfesten der freiheitlichen Demokratie zu erschüttern. Die deutschen Bischöfe haben sich bereits im vergangenen Herbst in Wiesbaden diesem Thema gewidmet. Bei der Frühjahrs-Vollversammlung in Augsburg im Februar 2024 stand es erneut im Mittelpunkt.

In einer Zeit, in der rechtsextremes Gedankengut zunehmend Zuspruch erfährt, sehen sich die deutschen Bischöfe veranlasst, eine klare und unmissverständliche Position einzunehmen. Als katholische Kirche lehnen wir entschieden jegliche Form von Extremismus ab, insbesondere den gegenwärtig besonders aggressiven Rechtsextremismus.

Auch in der Vergangenheit hat die Deutsche Bischofskonferenz deutlich Stellung bezogen, indem sie sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannt und gegen Populismus und Extremismus ausgesprochen hat. Zum Abschluss

der Frühjahrs-Vollversammlung 2017 hat der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, „rote Linien" für legitimes politisches Engagement formuliert. 2019 wurden die Arbeitshilfe *Dem Populismus widerstehen* veröffentlicht und gemeinsam mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) das Gemeinsame Wort *Vertrauen in die Demokratie stärken* herausgegeben.

Die vorliegende Erklärung ist Ausdruck der klaren Haltung der katholischen Kirche gegenüber rechtsextremen Tendenzen. Sie dokumentiert die Entschlossenheit und den Einsatz der deutschen Bischöfe, die sich immer wieder gegen Positionen extremer Parteien wie dem III. Weg, der Partei Heimat oder auch der AfD aussprechen. In Zeiten, in denen die Demokratie auf die Probe gestellt wird, ermutigen sie dazu, als Gesellschaft gemeinsam standhaft für unsere Grundwerte einzustehen.

Die Erklärung *Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar* wurde am 22. Februar 2024 einstimmig von der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Augsburg verabschiedet.

Hass

Fremdenfeindlichkeit

Erklärung der deutschen Bischöfe

Deutschland durchlebt eine turbulente Zeit. Die Stimmung ist aufgewühlt und die Gesellschaft polarisiert. Ein wachsender Teil der Bevölkerung lässt sich von rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Bewegungen ansprechen. Im rechtsextremen Milieu wird unter dem Schlagwort „Remigration“ darüber diskutiert, Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Land zu drängen. Dass sich dagegen auf den deutschen Straßen eine lebhafte und starke Protestbewegung Gehör verschafft, unterstützen wir Bischöfe ausdrücklich.

Radikales Denken

Wer aus demokratischem, freiheitlichem und menschenfreundlichem Geist heraus seinen Widerstand gegen die Machenschaften der Rechtsextremisten bekundet, verdient unser aller Unterstützung und Respekt.

Gut, dass zahlreiche Christinnen und Christen so engagiert **mitwirken** und sich für Menschenwürde, Menschenrechte und Demokratie **einsetzen!**

Wir sehen mit großer Sorge, dass sich radikales Denken verstärkt und sogar zum **Hass auf Mitmenschen** wird – vor allem aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder Hautfarbe, wegen des Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität.

Im Hintergrund dieser Entwicklung sehen wir die Vielzahl von Krisen, die Deutschland und Europa seit Jahren erleben. Die Weltfinanzkrise des Jahres 2008 und die Euro-Schuldenkrise haben zu Verunsicherungen und auch zu realen Verlusterfahrungen geführt.

Die hohe Zahl von Geflüchteten, die seit 2015 nach Europa und vor allem nach Deutschland gekommen sind, hat bei Vielen die Bereitschaft zum Engagement geweckt, bei nicht Wenigen aber Gefühle der Überforderung erzeugt. Die Corona-Pandemie hat das Leben vieler Menschen radikal verändert. Schließlich hat der Krieg gegen die Ukraine die Annahme tiefgreifend erschüttert, dass der Friede in Europa auf festen Pfeilern steht. Auch Terror und Krieg im Nahen Osten reihen sich in dieses Krisenszenario ein. Zu alldem treten die großen Herausforderungen unserer Zeit wie der Klimawandel und die tiefgreifenden Veränderungen durch den digitalen Fortschritt. Beunruhigung und Zukunftsangst nehmen zu. Die Vielzahl der Krisen darf aber nicht zum Nährboden für die Erosion des zivilen demokratischen Bewusstseins und für das Anschwellen extremistischer Positionen werden.

Menschen-rechte

Deutschland und Europa haben im 20. Jahrhundert den Aufstieg und Fall mehrerer extremistischer Ideologien und Bewegungen erlebt. Deren katastrophale Folgen mahnen auch heute zur Wachsamkeit. Die Kirche weist deshalb alle Formen des Extremismus mit Nachdruck zurück. Sie sind unverantwortliche Gefährdungen des Gemeinwohls und der freiheitlichen Ordnung. Gegenwärtig stellt der Rechtsextremismus die größte Bedrohung extremistischer Art für unser Land und für Europa dar.

Der Rechtsextremismus behauptet die Existenz von Völkern, die angeblich in ihrem „Wesen" und in den kulturellen Lebensgestalten scharf von den anderen Völkern abgegrenzt werden können. Man spricht von „natürlichen" und „künstlichen" Nationen. Das Volk ist für diese Ideologie eine Abstammungs-, letztlich eine Blutsgemeinschaft. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und kultureller Prägung wird von diesem Denken deshalb

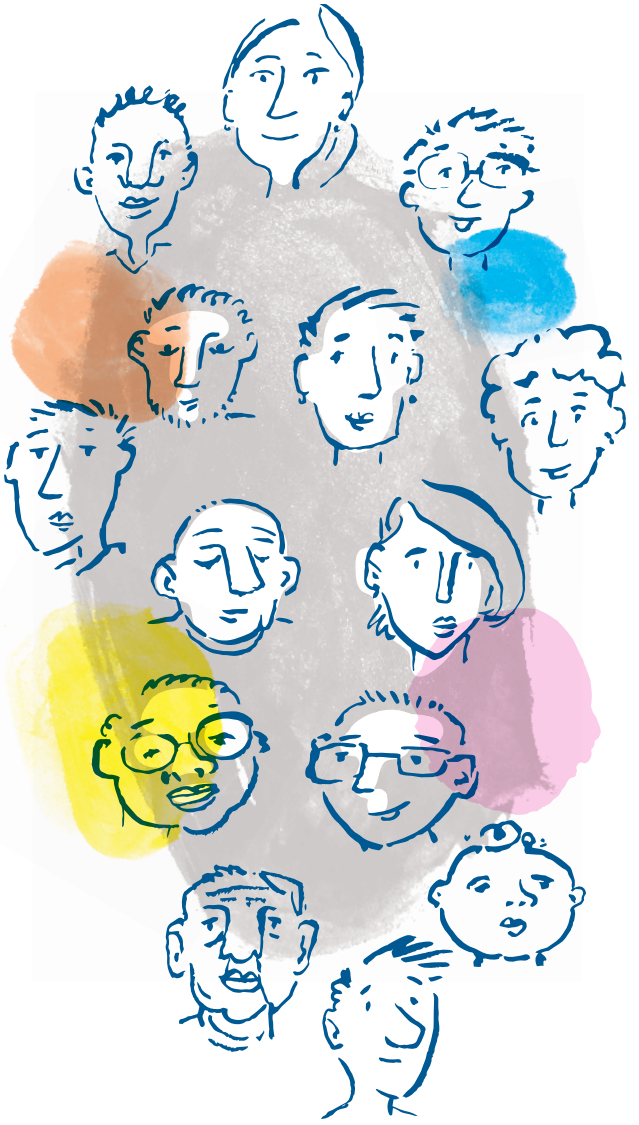
prinzipiell infrage gestellt, wenn nicht gar verworfen. Das Volk wird als „Ethnos“ gedacht, als Gemeinschaft der ethnisch und kulturell Gleichen oder Ähnlichen. Dies ist die Ideologie des völkischen Nationalismus. Nach den Gräueln des Nationalsozialismus versteht unser Grundgesetz das Volk hingegen aus gutem Grund als „Demos“, d. h. als Gemeinschaft der Gleichberechtigen, die auf der Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte unsere Gesellschaft gemeinsam aufbauen und gestalten.

Rechtsextremistische Gesinnungen und Konzepte zielen fundamental auf Ab- und Ausgrenzung. In diesem radikalisierten Denken wird die gleiche Würde aller Menschen entweder geleugnet oder relativiert und somit zu einem für das politische Handeln irrelevanten Konzept erklärt.

Für die Kirche aber ist klar: Jeder Mensch besitzt eine unantastbare und unverfügbare Würde. Sie gründet in der **Gottebenbildlichkeit aller Menschen** und ist die Basis der Menschenrechte.

So ist die Menschenwürde der Ausgangs- und Zielpunkt des christlichen Menschenbildes. Dieses Denken hat auch in unserer Verfassung seinen Niederschlag gefunden. In scharfer Abgrenzung zum Nationalsozialismus und zur Neuen Rechten bekennt sich das Grundgesetz ausdrücklich zur fundamentalen, die staatliche Ordnung und das gesamte gesellschaftliche Miteinander bestimmenden Bedeutung der Menschenwürde.

Die Konzentration auf das kulturell homogen gedachte eigene Volk geht notwendig einher mit einer Verengung des Solidaritätsprinzips, das in der katholischen Soziallehre zentrale Bedeutung hat und eine Leitidee der deutschen Verfassung darstellt. Rechtsextreme verlangen nach einem „Sozialpatriotismus", womit sie die Solidarität innerhalb des völkisch-national verstandenen Volkes meinen. Wer diesem nicht angehört, soll weniger Rechte und weniger soziale Teilhabe genießen, auch wenn er in Deutschland lebt und arbeitet. Damit wird die Axt an die Wurzeln der Demokratie gelegt, die vom Gedanken der gleichen Rechte aller bestimmt ist. Allen, die nicht der eigenen Gemeinschaft zugehören, wird Solidarität verweigert. Das gilt für Schutzsuchende, die man generell nicht mehr ins Land lassen will. Und es gilt für die Bedürftigen andernorts: Entwicklungszusammenarbeit mit armen Ländern wird deshalb ebenso abgelehnt wie die Unterstützung von Staaten, die – wie die Ukraine – angegriffen werden und um ihr Überleben ringen.



Die Sicht der Kirche ist eine andere: Politisch, religiös oder rassistisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge müssen in unserem Land auch weiterhin Aufnahme finden.

Und: Der Begriff des Gemeinwohls hat für die Kirche stets einen universalen Horizont. Daher treten wir für multilaterale Zusammenarbeit und Solidarität ein – auf Ebene der Europäischen Union ebenso wie weltweit.

Rechtsextremismus hat es in Deutschland und Europa auch nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben. In den vergangenen Jahren haben sich rechtsextreme Haltungen in der Gesellschaft jedoch stark

verbreitet, sie sind „sagbar“ geworden und gewinnen an Einfluss. Nach mehreren Radikalisierungsschüben dominiert inzwischen vor allem in der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine völkisch-nationalistische Gesinnung. Die AfD changiert zwischen einem echten Rechtsextremismus, den der Verfassungsschutz einigen Landesverbänden und der Jugendorganisation der Partei attestiert, und einem Rechtspopulismus, der weniger radikal und grundsätzlich daherkommt. Der Rechtspopulismus ist der schillernde Rand des Rechtsextremismus, von dem er ideologisch aufgeladen wird. In beiden Fällen wird stereotypen Ressentiments freie Bahn verschafft: gegen Geflüchtete und Migranten, gegen Muslime, gegen die vermeintliche Verschwörung der sogenannten globalen Eliten, immer stärker auch wieder gegen Jüdinnen und Juden.

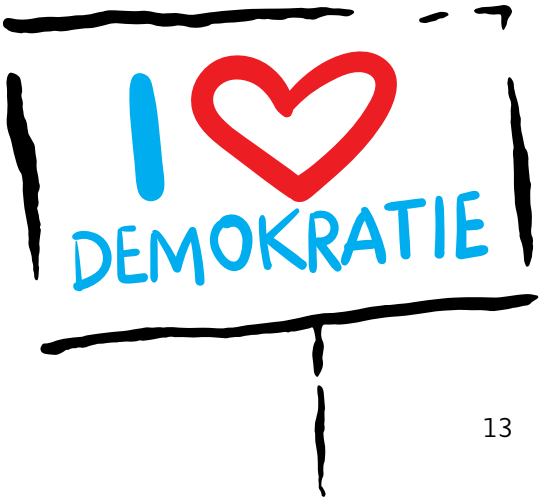
Wir sagen mit aller Klarheit: Völkischer Nationalismus ist mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar.

Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können für Christinnen und Christen daher kein Ort ihrer politischen Betätigung sein und sind auch nicht wählbar. Die Verbreitung rechtsextremer Parolen – dazu gehören insbesondere Rassismus und Antisemitismus – ist überdies mit einem haupt- oder ehrenamtlichen Dienst in der Kirche unvereinbar.

Wir appellieren an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, auch an jene, die unseren Glauben nicht teilen, die politischen Angebote von Rechtsaußen abzulehnen und zurückzuweisen. Wer in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft leben will, kann in diesem Gedankengut keine Heimat finden. Wer Parteien wählt, die mindestens in Teilen vom Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextremistisch" eingeschätzt werden, der stellt sich gegen die Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens und der Demokratie in unserem Land.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Das klare Votum gegen jede Form des Rechtsextremismus bedeutet in keiner Weise, dass die Kirche sich dem Dialog mit jenen Menschen entziehen wird, die für diese Ideologie empfänglich, aber gesprächswillig sind.

Auch radikale Thesen sollen diskutiert, sie müssen aber auch entlarvt werden. Klarer Widerspruch gegen den Rechtsextremismus bedeutet ebenso wenig, dass existierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme – etwa bei der Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit oder der Integration von Migranten – kleingeredet oder ignoriert werden könnten. Sie müssen angegangen werden. Alles andere würde den rechten Rand nur weiter nähren.



Aber sämtliche Lösungsansätze müssen dem humanitären Ethos entsprechen, das im Christentum vor- und mitgeprägt ist und das die Grundlagen unseres Staates und der Gesellschaft in Deutschland definiert. Menschenwürde, Menschenrechte, besonders der Schutz des Lebens von seinem Anfang bis zu seinem natürlichen Ende, sowie Solidarität sind dessen elementare Bestandteile.

Unter all diesen Werten und Prinzipien kommt der gleichen Würde aller Menschen eine grundlegende Rolle zu. Ohne ein umfassendes Verständnis der Menschenwürde gibt es kein freiheitliches und gerechtes Zusammenleben. Die Menschenwürde ist der Glutkern des christlichen Menschenbildes und der Anker unserer Verfassungsordnung. Leisten wir alle Widerstand, wenn Menschenwürde und Menschenrechte in Gefahr geraten! Engagieren wir uns gemeinsam aktiv für die freiheitliche Demokratie!

Artikel 1
„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren."
– Allgemeine Erklärung der Menschenrechte –

Weitere Veröffentlichungen:

Dem Populismus widerstehen.
Arbeitshilfe zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen
(Arbeitshilfen Nr. 305):
www.dbk-shop.de

Vertrauen in die Demokratie stärken
(Gemeinsame Texte Nr. 26):
www.dbk-shop.de

Europa ist es wert.
Impulse der Bischöflichen Arbeitsgruppe Europa der Deutschen Bischofskonferenz
(Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen Nr. 52):
www.dbk-shop.de

Demokratie braucht Tugenden
(Gemeinsame Texte Nr. 19):
www.dbk-shop.de

Leitsätze des kirchlichen Engagements für Flüchtlinge
(Arbeitshilfen Nr. 282):
www.dbk-shop.de

Eintreten für die Demokratie.
Gemeinsames Wort der katholischen nordostdeutschen Bischöfe am 19. Januar 2024:
https://erzbistum-hamburg.de/Eintreten-fuer-die-Demokratie-1815

Erklärung der Freisinger Bischofskonferenz zum Abschluss der Frühjahrsvollversammlung am 7. März 2024:
https://www.erzbistum-muenchen.de/news/bistum/Erklaerung-der-Freisinger-Bischofskonferenz-46009.news

„Leisten wir alle Widerstand, wenn Menschenwürde und Menschenrechte in Gefahr geraten! Engagieren wir uns gemeinsam aktiv für die freiheitliche Demokratie!“

Erklärung der deutschen Bischöfe
22. Februar 2024

Impressum

Herausgeber:
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
Kaiserstraße 161
53113 Bonn
www.dbk.de

Gestaltung:
MediaCompany – Agentur für Kommunikation GmbH

Illustrationen:
Juan Gonzalez

Druck:
DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Stand:
März 2024

Druckprodukt
CO_2 kompensiert
klima-druck.de
ID-Nr. 24170259
VDM+

DEUTSCHE
BISCHOFSKONFERENZ